

# Lieferkettengesetz jetzt!

ein Gastbeitrag von Michael Thews MdB

*Als SPD-Bundestagsabgeordneter fordere ich die Einführung eines nationalen Lieferkettengesetzes. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich mit aller Kraft, auch gegen den Widerstand der CDU, für die Einführung in dieser Legislaturperiode ein.*



Als größte Volkswirtschaft Europas profitiert Deutschland stark vom Import und Export. Jedoch müssen wir uns eingestehen, dass dies immer wieder auf Kosten der Umwelt, und insbesondere auf Kosten der Menschenrechte geschieht. Auf Kakaoplantagen wird zum Teil noch immer auf Kinderarbeit gesetzt und in vielen Produktionsstätten existiert, wenn überhaupt, ein oft nur mangelhafter Arbeitsschutz. Das von der Bundesregierung initiierte Monitoring zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) hat gezeigt, dass nur ein Bruchteil deutscher Unternehmen die NAP-Anforderungen erfüllt. Überprüft wurden dabei alle fünf Kernelemente des Aktionsplans:

- 1 Existiert eine Grundsatzklärung zur Achtung der Menschenrechte?
- 2 Existiert ein Verfahren zur Ermittlung tatsächlicher und potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte?
- 3 Sind bereits Maßnahmen zur

Abwendung von Menschenrechtsverletzungen und Kontrollen ihrer Wirksamkeit eingeführt worden?

- 4 Erfolgt regelmäßig eine Berichterstattung über eventuelle Menschenrechtsverletzungen?
- 5 Gibt es entsprechende Beschwerdemechanismen zu evtl. vorhandenen Menschenrechtsverletzungen?

Aufgrund des fehlenden Gesetzes erfolgte die Teilnahme am Monitoring bislang außerdem nur auf freiwilliger Basis. Aus meiner Sicht ist das zu wenig.

Mit dem Lieferkettengesetz soll dafür gesorgt werden, dass Unternehmen künftig für Menschenrechtsverletzungen im Ausland haftbar gemacht werden können und die gesamte Lieferkette transparent gemacht wird. Unternehmen sollen zur Überprüfung ihrer Aktivitäten verpflichtet werden und ob sich diese nachteilig auf Menschenrechte auswirken. So sollen die Betroffenen stärker als bisher geschützt werden und ihr Recht

auch in Deutschland durchsetzen können.

Aufgrund des Widerstandes der CDU konnte bislang noch kein Gesetzesentwurf verabschiedet werden, obwohl wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, gemeinsam eine gesetzliche Regelung für Menschenrechtsverstöße deutscher Unternehmen im Ausland zu erarbeiten. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat sich zwar öffentlich immer wieder für die Einführung eines Lieferkettengesetzes ausgesprochen, ein Gesetzesentwurf seines Ministeriums liegt aber bis heute noch nicht vor. Gleichzeitig wurden bisher alle Vorstöße aus dem Ministerium von Arbeitsminister Hubertus Heil von der Union abgeblockt. Das ist für mich unglaublich.

Zurzeit werden innerhalb der Bundesregierung Eckpunkte für eine verbindliche Regelung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht erarbeitet, auf dessen Grundlage im Anschluss ein Gesetzesentwurf erarbeitet werden soll. Es ist höchste Zeit, Unternehmen, die mit ihrem Handeln gegen Sozial- und Arbeitsschutzstandards verstoßen, in die Verantwortung zu nehmen. Nicht zuletzt um die Unternehmen zu unterstützen, die bereits heute auf die Einhaltung der Menschenrechte achten. Meine Kolleg\*innen und ich wollen eine für Verbraucherinnen und Verbraucher transparente, faire und nachhaltige Produktion entlang der gesamten Lieferkette und werden daher auch weiterhin dafür kämpfen, dass das Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode kommt.

